



DNR-THEMENHEFT 1/2011



VORWORT

Potočniks Ressourcenrevolution
Seite 2

EIN NEUES POLITIKFELD

Entkopplung ist gefragt
Seite 3

ROADMAP AUS NGO-SICHT

Für einen effektiven Wandel!
Seite 5

WAHRE PREISE

Über ökonomische Instrumente
Seite 6

STRATEGIEN FÜR DIE PRAXIS

Policy Mix für Ressourcenschonung
Seite 8

PROGRESS 2011

Besser Wirtschaften in Deutschland
Seite 10

RESSOURCENEFFIZIENZ

Alles ist nur einmal da



Wahre Preise

Ökonomische Instrumente können einen Beitrag zur Ressourcenschonung leisten

Nachhaltige Ressourcenpolitik kann den Rahmen für die Steigerung effizienter Ressourcennutzung setzen. Dabei sollte das gesamte wirtschafts- und umweltpolitische Instrumentarium eingesetzt werden. Politische Rahmensetzung kann aber nur wirksam sein, wenn Preissignale in die richtige Richtung zeigen. Ökonomische Instrumente können dazu einen Beitrag leisten. EIKE MEYER, FORUM ÖKOLOGISCH-SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT (FÖS)

NATÜRLICHE RESSOURCEN BILDEN das Fundament unseres Wohlstandes. Ihr übermäßiger Verbrauch verursacht jedoch auch gravierende Umweltfolgen und gefährdet unsere Lebensgrundlagen. In der Vergangenheit ist er weltweit rasant gestiegen: von etwa zehn Milliarden Tonnen 1920 auf rund 50 Milliarden im Jahr 2000. Für 2030 wird ein Verbrauch von etwa 100 Milliarden Tonnen prognostiziert.⁽¹⁾ Daraus entstehen Risiken für die Versorgungssicherheit, vor allem aber ein zunehmender Druck auf die Umwelt. Die Folgen des Ressourcenabbaus zum Beispiel durch Bergbau, Ölförderung, die Abholzung von Wäldern und weitere Aktivitäten sind weitestgehend lokal, der Treiber global. Um die Umweltfolgen auf ein ökologisch vertretbares Maß zu begrenzen, muss daher der globale Ressourcenverbrauch gesenkt werden. Die Steigerung der Ressourceneffizienz ist dafür eine Schlüsselstrategie.

Für diese Herkulesaufgabe muss das gesamte politische Instrumentarium ausgeschöpft werden: Umweltstandards müssen die schlimmsten Auswirkungen des Rohstoffabbaus vor allem in Entwicklungs- und Schwellenländern wirkungsvoller eindämmen. Zertifizierungssysteme können Anreize schaffen, auch in international verzweigten Lieferketten ökologische Standards durchzusetzen. Produktstandards sollten gerade in den Industrieländern eingesetzt werden, damit sich materialeff-

ziente Produkte auf den Märkten durchsetzen. All diese Instrumente werden jedoch nicht ihre volle Wirkung entfalten, solange die Preissignale in die falsche Richtung weisen.

Rohstoffmärkte kalkulieren Umweltfolgen nicht ein

Schaut man sich die Entwicklung der Rohstoffpreise über einen längeren Zeitraum an, lassen sich zwei Muster entdecken: sie schwanken periodisch und sie fallen – im 20. Jahrhundert um etwa 30 Prozent.⁽²⁾ Die starken Schwankungen lassen sich vor allem auf ausgeprägte Rigiditäten auf den Rohstoffmärkten zurückführen. Angebot und Nachfrage pendeln sich hier regelmäßig nur mit großer Zeitverzögerung ein, unter anderem weil die Erschließung neuer Vorkommen mit hohen Investitionskosten und großem Zeitaufwand verbunden ist. Der Rückgang der Preise lässt sich vor allem auf internationalen Handel und technologische Entwicklungen im Bergbau zurückführen und ist nur möglich, weil die Umweltfolgen des Rohstoffabbaus weitgehend externalisiert werden. Für kostspielige Innovationsprozesse auf dem Weg hin zu sparsamerem Materialeinsatz oder der Substitution kritischer Materialien schafft diese Preisentwicklung keine wirksamen Anreize.

Besteuerung des „ökologischen Rucksacks“

Ökonomische Instrumente können einen wichtigen Beitrag dazu leisten, diese Fehlanreize zu korrigieren und bessere Rahmenbedingungen für eine Steigerung der Ressourceneffizienz zu schaffen. Sie sind zentraler Bestandteil einer modernen Umweltpolitik, die Umwelt- und Ressourcenschutz zum wirtschaftlichen Eigeninteresse von BürgerInnen und Unternehmen macht, ohne dabei die individuelle Handlungsfreiheit unnötig einzuschränken. Steuern und Abgaben auf die Entnahme oder den Verbrauch von Ressourcen können die negativen Umweltauswirkungen teilweise internalisieren und langfristige Anreize für die Ausschöpfung von Ressourceneffizienzpotenzialen schaffen. Ganz im Sinne einer ökologischen Finanzreform geht es dabei nicht um eine Erhöhung der



© cc-by-nc-sa/anis/flickr.com



Abgabenlast für Unternehmen und VerbraucherInnen. Stattdessen könnten die zusätzlichen Einnahmen zu Entlastungen an anderer Stelle verwendet werden – etwa der Faktor Arbeit durch eine Senkung der Lohnnebenkosten.

In Bezug auf Rohstoffe wäre die umfassendste Variante eine universelle Materialinputsteuer. Sie würde bei der Entnahme von Rohstoffen auf die Menge des extrahierten Materials erhoben und von den Förderunternehmen über den Preis weitergegeben werden. Auf diese Weise würde der gesamte „ökologische Rucksack“ des Ressourcenverbrauchs besteuert und die negativen Umweltfolgen des Abbaus teilweise internalisiert. Gleichzeitig könnten so Anreize für eine Steigerung der Ressourceneffizienz geschaffen werden, die entlang der gesamten Wertschöpfungskette wirken.

In Ländern, die wie Deutschland viele Rohstoffe importieren, könnte eine Materialinputsteuer allerdings zu großen Teilen nur als Steuerausgleich beim Import erhoben werden. Das ist handelsrechtlich prinzipiell möglich, praktisch allerdings mit der Herausforderung verbunden, dass viele Rohstoffe als Bestandteile von Halb- und Fertigwaren eingeführt werden.

Rohstoffgruppen differenziert betrachten

Zumindest mittelfristig, bis sich die Informationsflüsse über internationale Stoffströme weiter verbessert haben, lohnt es sich daher, das Potenzial für ökonomische Instrumente differenziert nach Rohstoffgruppen zu betrachten. Ein Viertel der in Deutschland geförderten Rohstoffe sind Energierohstoffe. Hier schafft die weit entwickelte Besteuerung des Energieverbrauchs bereits wirksame Effizianzanreize. Statt eine Inputbesteuerung zu erwägen, kommt es hier vor allem auf eine konsequente Weiterentwicklung des Bestehenden anhand des CO₂- und Energiegehalts und das Schließen von Lücken – zum Beispiel im Flugverkehr – an.

Sinnvoll erscheint eine Inputbesteuerung hingegen im Bereich der Baumineralien, die fast zwei Drittel aller in Deutschland entnommenen Rohstoffe ausmachen. Aufgrund ihres hohen Gewichts werden sie nur wenig gehandelt. Eine Besteuerung von Baustoffen würde also bei geringen Wettbewerbseffekten Effizianzanreize für einen bedeutsamen Teil des Ressourcenstroms schaffen.

Metalle schließlich werden in Deutschland gar nicht abgebaut und zum überwiegenden Teil als Bestandteile von Halb- und Fertigwaren eingeführt. Bevor hier der Materialinput besteuert werden kann, müssen noch Antworten auf die administrativen Herausforderungen von Grenzausgleichsmaßnahmen gefunden werden. Kurzfristig könnte aber geprüft werden, inwieweit Pfandlösungen oder Produktabgaben dazu beitragen können die Rückhol- und Recyclingraten von elektronischen Geräten zu verbessern und so zum effizienten Einsatz von Metallen beitragen können.

Darüber hinaus liegt das große Potenzial für Steuerungsef-

ekte durch Inputsteuern vor allem in rohstoffreichen Entwicklungsländern. Effizianzanreize, die hier durch die Erhebung von Steuern geschaffen werden, würden durch die Wertschöpfungskette weitergegeben und ihre Wirkung auch im produzierenden Gewerbe der Industrieländer entfalten. Darüber hinaus könnten Rohstoffsteuern hier eine besonders willkommene Einnahmequelle sein und dazu beitragen, dass die Bevölkerung vom Rohstoffreichtum ihres Landes profitiert.

Auf diese Weise können ökonomische Instrumente schrittweise dazu beitragen, dass die Preise nicht nur die ökonomische, sondern auch die ökologische Wahrheit sagen und gleichzeitig wirksame Anreize für einen schonenderen Umgang mit Ressourcen schaffen.



© cc-by/the-less/flickr.com

Anmerkungen:

- ▶ (1) Lutz, C./Giljum, S. (2009): Global resource use in a business-as-usual world until 2030. In: Bleischwitz, R./Welfens, P. J. J./Zhang, Z. X. (Hrs.), Sustainable Growth and Resource Productivity. Economic and Global Policy Issues.
- ▶ (2) UNEP (2011): Decoupling natural resource use and environmental impacts from economic growth. A Report of the Working Group on Decoupling to the International Resource Panel, S. 33. www.unep.org/resourcepanel (Resource Efficiency – Publications).

Der Verwaltungswissenschaftler Eike Meyer ist wissenschaftlicher Mitarbeiter beim FÖS. Er ist dort verantwortlich für den Bereich Ressourcenpolitik.

Kontakt:

Tel. +49 (0)30 / 7623991-40

E-Mail: eike.meyer@foes.de

www.foes.de/themen/ressourceneffizienz





Der Deutsche Naturschutzring ist der Dachverband der deutschen Natur- und Umweltschutzverbände. Ihm gehören 98 Mitgliedsverbände an, die zusammen über fünf Millionen Einzelmitglieder vertreten.

Um der wachsenden Bedeutung der EU-Umweltpolitik Rechnung zu tragen, wurde 1991 die EU-Koordination des DNR gegründet. Sie koordiniert die europaweiten Aktivitäten der deutschen Umweltverbände, stellt Kontakte mit Aktiven aus anderen europäischen Ländern her und nimmt Einfluss auf die EU-Politik. Mit Veranstaltungen, Besuchsprogrammen, Workshops und Veröffentlichungen informiert das Team die deutschen Umwelt- und Naturschutzverbände über aktuelle Entwicklungen auf der EU-Ebene. Als Mitglied des Dachverbandes Europäisches Umweltbüro (EEB) stimmt die EU-Koordination ihre Arbeit eng mit den Brüsseler Umweltverbänden ab.

Unsere Publikationen zu Schwerpunktthemen können kostenlos unter www.eu-koordination.de heruntergeladen werden.

Impressum

DNR-Themenheft I/2011

ISSN 1867-545X

Herausgeber: Deutscher Naturschutzring (DNR) e. V.,
Geschäftsstelle Berlin, Marienstraße 19–20, D-10117 Berlin
Tel. +49 (0)30 / 678 17 75 -82, -81, Fax -80
E-Mail: redaktion@dnr.de
www.dnr.de/publikationen, www.eu-koordination.de

Redaktion: Susanne Graf, Juliane Grüning, Bjela Vossen, Matthias Bauer, Stefanie Langkamp, Antje Mensen

Grafik/DTP: Susanne Graf, Juliane Grüning, Matthias Bauer

Layout: Michael Chudoba

Titelfotos: cc-by/Andrew C. Parnell/flickr.com, cc-by-sa/Franzfoto/wikipedia.org, cc-by-sa/twicepix/flickr.com

Druck: Pachnicke, Göttingen

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion/des Herausgebers/der Förderer wieder.

Förderhinweis: Dieses Projekt wird finanziell vom Bundesumweltministerium und vom Umweltbundesamt gefördert. Die Förderer übernehmen keine Gewähr für die Richtigkeit, Genauigkeit und Vollständigkeit der Angaben sowie für die Beachtung der Rechte Dritter.

DNR
Deutscher Naturschutzring

